

Dresdener Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Hauptverleger: E. G. Schöler, Dresden
Verleger: E. G. Schöler, Dresden
Verleger: E. G. Schöler, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Eintritt von Änderungen irgendwelcher Art, ist es durch oder ohne Zutritt höherer Gewalt, bei der Bezieher der Dresdener Volkszeitung seinen Antritt auf Rückzahlung des Bezugspreises oder auf Nachlieferung der Zeitung.

Abonnementpreis mit der monatlichen Unterhaltungsbeilage „Arten, Wägen, Kunst“, ausserdem „Pöhl und Zeit“ monatlich 1,96 RM, ausserdem 45 RM, wenn der Abonnent auch die „Arten, Wägen, Kunst“ und „Pöhl und Zeit“ abonniert. Ferner: 1,25 RM, wenn der Abonnent auch die „Arten, Wägen, Kunst“ und „Pöhl und Zeit“ abonniert. Ferner: 1,25 RM, wenn der Abonnent auch die „Arten, Wägen, Kunst“ und „Pöhl und Zeit“ abonniert.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunden nur montags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707. Geschäftszeiten von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Wachstumspreis: Gruntpresse: die 30. und letzte Monatshefte je 15 Pf., die 30. und letzte Monatshefte je 2,00 RM, für ausserordentliche Anzeigen 40 Pf. und 2,50 RM, Familienanzeigen: Stellen- und Verleihsuche 40 Pf. pro Anzeile. Für Kleinanzeigen: 10 Pf. (Einzelnummer 10 Pf.)

Nr. 113

Dresden, Montag, den 18. Mai 1931

42. Jahrgang

Probierland Oldenburg

Wahlgewinne der Nazis - aber nicht die erhoffte Mehrheit - Bürgerliche Mittelparteien zerrieben - Einige Verluste der SPD. - Zunahme der KPD.

SPD. Oldenburg, 18. Mai. (Eig. Funkdruck.) Nach einem ungewöhnlich heftigen Wahlkampf wurde am Sonntag im Freistaat Oldenburg die Wahl des Landtags durchgeführt. Sie ist im ganzen Lande ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung war fünf bis zehn Prozent geringer als bei der Reichstagswahl im September. Das Ergebnis der Wahl stellt sich im Lande Oldenburg und den beiden Landesteilen Birkenfeld und Lüneburg ziffernmäßig wie folgt:

Sozialdemokraten 57 536 (Reichstagswahlen 1930 65 847, Landtagswahlen 1928 66 643), Mandate 11 (15).
Staatspartei 8983 (Reichstagswahlen 13 607, Landtagswahlen 24 746), Mandate 1 (5).
Nationalsozialisten 101 490 (Reichstagswahlen 76 210, Landtagswahlen 17 444), Mandate 19 (3).
Kommunisten 19 389 (Reichstagswahlen 13 965, Landtagswahlen 8380), Mandate 3 (1).
Volkspartei 5796 (Reichstagswahlen 13 424).
Deutschnationale 13 529 (Reichstagswahlen 14 206, bei den Landtagswahlen 1928 hatten Volkspartei und Deutschnationale zusammen 41 213 Stimmen), Mandate: Volkspartei 1, Deutschnationale 2 (zusammen 9).
Wirtschaftspartei 4500 (Reichstagswahlen 10 720, Landtagswahlen 11 747), Mandate 0 (2).
Landvolk 5427 (Reichstagswahlen 12 749, Landtagswahlen 19 432), Mandate 1 (4).
Christlicher Volksdienst 3006 (Reichstagswahlen 3065, Landtagswahlen 1343), Mandate 0.
Zentrum 46 245 (Reichstagswahlen 47 729, Landtagswahlen 39 670), Mandate 9 (9).
Splittlerliste Benno in Birkenfeld 5194, 1 Mandat.

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß Nationalsozialisten und Kommunisten im Verhältnis zur Reichstagswahl noch einen Stimmenzuwachs erzielten. Dagegen wurden im November 1930 erst noch im Lande Oldenburg Stadtratswahlen durchgeführt. Vereichte damit zeigen, daß in allen größeren Städten, wie Oldenburg, Delmenhorst, Varel und Nühren, die Sozialdemokratie die im November erlittenen Stimmenverluste entweder ganz oder zum Teil wieder aufholte. In Nühren erhielt sie z. B. 1700 Stimmen zurück und behielt damit die in dieser Stadt immer gehabte absolute Mehrheit gegenüber allen bürgerlichen Stimmen.

Die Bedeutung der Wahl

Aus Oldenburg wird uns zu dem Wahlergebnis noch telephonisch gemeldet:

Die Wahlen in Oldenburg haben gezeigt, daß die Tendenz zur Radikalisierung noch nicht am Ende ist. Die Nationalsozialisten haben rund 25 000 Stimmen gewonnen, die Kommunisten rund 5500 Stimmen. Von insgesamt 271 000 abgegebenen Wahlstimmen haben Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationale zusammen 134 500 Stimmen erhalten, beinahe die Hälfte.

Gewiß kommt in diesem Wahlergebnis die besondere wirtschaftliche und soziale Struktur des Landes zum Ausdruck. Das vornehmlich agrarische Land hat sich von seinen bisherigen agrarischen Interessenvertretern sehr entschieden abgewandt. Die Staatspartei, die einst in Oldenburg eine sehr starke Position in den Dörfern hatte, hat seit 1928 zwei Drittel ihres gesamten Bestandes eingebüßt. Seit der letzten Reichstagswahl verlor sie 4000 Stimmen. Aber auch das Landvolk hat gleiche Verluste erlitten. Es ist von 12 700 auf 5400 Stimmen zurückgegangen. Das sind 2300 Stimmen Verlust. Beide Parteien konnten bisher in Oldenburg als Vertreter der bäuerlichen Interessen angesehen werden. Nun hat sich die agrarische Bevölkerung weitgehend von ihnen ab- und den Nationalsozialisten zugewandt. Namentlich im Stimmenverlust des Landvolks kommt die Reaktion auf die schiefliche Agrarpolitik zum Ausdruck. Die Empörung der bäuerlichen Interessen darüber, daß sie trotz allen Versprechungen hinter den großagrarischen Besitzerninteressen zurückbleiben müssen.

Das Ergebnis zeigt, daß große Teile des Bürgertums sich dem Rechtsradikalismus in die Arme geworfen haben. Der sogenannte Landesblock aus Volkspartei und Deutschnationalen, der bei der Reichstagswahl zusammen noch 27 600 Stimmen mußerte, ist auf 24 500 Stimmen zurückgegangen. (Die Splittlerliste in Birkenfeld setzt sich aus volksparteilichen und deutschnationalen Stimmen zusammen.) Der Verlust des Landesblocks geht dabei fast restlos auf das Konto der Deutschen Volkspartei. Auch die Wirtschaftspartei hat mehr als die Hälfte ihrer Wähler vom September 1930 an die Nationalsozialisten abgegeben.

Als einzig feste bürgerliche Partei hat sich das Zen-

trum erwiesen, das gegenüber der Reichstagswahl lediglich 1300 Stimmen verlor und seine Mandatzahl im Landtag behauptet.

Die Sozialdemokratische Partei verlor 8300 Stimmen und büßt vier Mandate ein. Man kann annehmen, daß der Stimmengewinn der Kommunisten im wesentlichen auf Kosten der Sozialdemokratie erfolgt ist. Es bleiben dann aber immer noch fast 3000 Stimmen, die anderen Parteien ausgelassen sein müssen. Dies Ergebnis zeigt, daß die Sozialdemokratische Partei unermülich ihren Werbeslogan gegen den Faschismus fortsetzen muß.

Der Wahlausgang hat die Regierungsverhältnisse in Oldenburg, die ohnedies kompliziert genug waren.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in Danzig

J. Danzig, 18. Mai. (Eig. Funk.) Am Sonntag fanden in Danzig Kreiswahlen statt, die der Sozialdemokratischen Partei einen großen Erfolg brachten. Sie gewann gegenüber den Volkspartei vom November 1930 erheblich an Stimmen, während alle übrigen Parteien, mit Ausnahme der Nationalsozialisten, Stimmen verloren. Die Nationalsozialisten nahmen ziemlich genau den Stimmenverlust der Deutschnationalen auf. Der Stimmengewinn der Sozialdemokraten übertrifft den Stimmenverlust der Kommunisten ganz erheblich.

In den drei Kreisen Danziger Niederung, Danziger Höhe und Großwerder zusammen hatten die Wahlen folgenden Ergebnis (die Ziffern in Klammern sind die Stimmzahlen der Volkspartei vom November 1930):

Sozialdemokraten 19 694 (16 200), Kommunisten 6617 (7798), Block der Mitte 4175 (9037), Zentrum 5788 (7769), Deutschnationale 6729 (9198), Nationalsozialisten 10 950 (8159).

noch verwickelter gemacht. Seit dem Jahre 1923 sind die Regierungsgeschäfte in Oldenburg durch ein aus drei Personen bestehendes Beamtenministerium verwaltet worden. Dies Beamtenministerium stützte sich vor allem auf den Landesblock und auf das Zentrum. Wenn ein solches Beamtenkabinett weiterhin die Verwaltung führen sollte, so bedürfte es dazu nicht nur der Stimmen des Zentrums, der Staatspartei, des Landvolks, sondern auch der Stimmen des bisherigen Landesblocks und vor allem der Stimmen der Sozialdemokratie. Zum Landesblock aber gehören zwei deutschnationale Mandate, und die Deutschnationalen haben erklärt, daß sie die Einheitsfront Hitler-Weidner-Jugendberg nicht brechen würden.

Wenn aber Deutschnationale und Nationalsozialisten auf eine ausgesprochene Hitler-Jugendberg-Regierung lossteuern wollten, so würden sie dazu die Unterstützung des Zentrums brauchen. Unter dem Gesichtspunkt der Parlamentarität sind die Dinge in Oldenburg festgefahren. Aber schließlich muß das Land verwaltet werden, und so in Länderparlamenten es nicht weiterzugehen scheint, finden sich doch die nötigen Verwaltungen - siehe Sachfen.

Außer den in den Meldungen berührten Gesichtspunkten ist bei Betrachtung des Wahlausganges noch auf die allgemeine politische Bedeutung hinzuweisen, die der Kraftprobe der Reaktion zukommt. Der siegesbewusste Nationalsozialismus verband sich mit den Deutschnationalen und stürzte die Wauerndörfer, um das Land Oldenburg in seine Gewalt zu bekommen. Nach dem Verlust Thüringens sollte Oldenburg das nationalsozialistische Probierland abgeben. Im Trommelfeuer der Wahlschlacht schmetterten Naziplakate:

„Oldenburg wird unser! 1027 Wahlversammlungen haben wir im Oldenburgischen abgehalten, je über 100 in den Enklaven Gutin und Birkenfeld. Das Landvolk steht zu uns!“

Neben Hitler waren über 80 nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete seit zwei Wochen in dem Ländchen „lütig“. Was dem ländlichen Wähler da versprochen worden ist - das kann man sich denken. Und so haben denn die Schreier, Grübler, Lober glatt 25 000 neue Wähler auf dem Lande eingefangen, Heil! Aber das Heil klingt gedämpft, denn der Stimmenzuwachs entspricht weder den eigenen Er-

Justiz gegen Recht

Das Urteil im Großenhainer Landfriedensbruchprozess

Von Rechtsanwält Lothar Günther

Schon wiederholt ist in den letzten zwölf Jahren eine Welle von Landfriedensbruchprozessen über uns hinweggegangen. Die Hochflut brachten die Kriegsjahre 1921/23. Sie stand im Zeichen des Zusammenbruchs der Weimarer, des drohenden Niedergangs jeglicher staatlicher Ordnung. Vom Jahre 1924 an ging die Welle zurück, um Ende 1929 wieder anzukommen mit dem Vereinstreten der Weltwirtschaftskrise, die Massenelend und Verzweiflung bis tief hinein in das mittlere Bürgertum getragen hat. Dieser unüberlebbarer Not bemächtigte sich der Faschismus. Er sieht seine Stunde gekommen. Obgleich es sich um eine Krise des Weltkapitalismus handelt, hervorgerufen durch die anarchoide, nur auf Profit abgestellte Warenproduktion, die auf die Kaufkraft, die Nachfrage, die Bedürfnisse der Massen keine Rücksicht nimmt, schreit der Faschismus den wirtschaftlich Verzweifelnden, den blind Gewordenen in die Ohren: Das sind die Früchte des Sozialismus! Neben dieser verlogenen politischen Propaganda schuf sich der Faschismus eine militärische Organisation; die SA-Abteilungen der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, denen die Aufgabe obliegt, durch militärischen Kriminismus, mit Mitteln des Terrors die politischen Gegner, die Spießbürger in allen Parteien einzuschüchtern. Seit reichlich einem Jahre vergeht in Deutschland kein Tag, der nicht im Zeichen dieses Terrors stünde. Brutale Überfälle auf Andersdenkende, Ausschreitungen großen Stils durch bewaffnete Gardes, Sprengungen von Versammlungen bedrohen den Rechtsfrieden des deutschen Volkes.

Solche faschistische Terrorakte waren auch Gegenstand des Großenhainer Landfriedensbruchprozesses.

Am 19. Januar 1931 haben die Nazis in Großenhain ihr wahres Gesicht gezeigt. Ein geringfügiger Anlaß, der sozialistische Stadtverordnete Jöllner beobachtet auf dem Frauenmarkt, wie der Standartenführer Neul einige Konsumvereinsmitglieder auf offener Straße mit dem Stock bedroht. Er fordert ihn auf, diese Leute in Ruhe zu lassen. Sofort ruft Neul seine Sturmabteilung heraus, die sich gerade in einem Lokal in der Nähe aufhält. Zugleich holt er mit seinem Stock zum Schlage aus. Der Schlag wird durch den weichen Jöllners, nicht abgewehrt, den Neul mit einem weiteren wuchtigen Stockhieb auf den Kopf wehrt, und der dann von den inzwischen dazugekommenen SA-Leuten noch vollends niedergeschlagen wird. Neul und seine Trabanten eilen dem stehenden Jöllner nach, holen ihn ein, schlagen ihn zu Boden, bis es diesem schließlich gelang, blutüberströmt in eine hellerleuchtete Gasse zu flüchten.

Dieser Überfall auf Jöllner, der zugleich Führer des Großenhainer Reichsbanners ist, bringt einen Teil der wertvollen Bevölkerung Großenhains ins Ru auf die Straße. Nach weilt Jöllner an seinem Zufluchtsort, als bereits an dem Verkehrslokal der Nazis die Scheiben trachen und zwei Nazis von der empörten Menge niedergeschlagen werden. Dies spielt sich in wenigen Augenblicken ab. Dann trat wieder Ruhe ein.

Die Nazis holen Verstärkung heran. Sturmabteilungen aus Reichen und Riesa treffen ein. Nach reichlich zwei Stunden treten diese auf die Straße heraus. Schwerebewaffnet mit Rüstbrettern, Wästelstücken, Totschlägern, Gummiknüppeln usw. Die Polizei schickt sie zurück. Sie müssen ihre Waffen dalassen. Darauf ziehen die Sturmabteilungen in Stärke von etwa 110 Mann nach dem Gewerkschaftshaus. Die Polizei ist ihnen gefolgt. Ihr verspricht schließlich der Standartenführer Neul, nicht wiederzukommen, und zieht ab. Jedoch nur zum Schein. Er düpiert die Polizei. Er erscheint, nachdem die Polizei in die

Wartungen noch den gigantischen Anstrengungen. Bei einem solchen Lärm hätten noch mehr kommen müssen... Die Eingefangenen langen nicht aus, die Nacht zu ergreifen. Zwar schwoh die NSDAP, zur stärksten Fraktion auf, aber 19 von 48 Landtagsmandaten langen nicht zur Mehrheitsregierungsbildung. So muß Oldenburg leider noch der Seligkeit entbehren, von Hitler-Ministern mit den Zuständen des „Dritten Reiches“ beglückt zu werden. Unter normalen Verhältnissen wäre es nicht möglich gewesen, eine derartige Agitation zu treiben, so daß das Anwachsen der Nazi-Stimmen nicht die normale Entwicklung richtig wiederpiegelt.

Trotzdem ist es schlimm genug bestellt, daß eine derartige Bewegung solche Wählermassen einzufangen vermag. Die Gefahr ist noch nicht beseitigt, die dem Volke von der demagogischen Diktaturpartei droht. Der tiefste Grund liegt freilich in der Wirtschaftskrise, dem Elend, der Not. Verzweifelte Schichten werden leicht die Reute einer mit beispielloser Abgefemtheit, Gerissenheit und Lärm betriebenen Demagogie.

Die Sozialdemokratie bleibt mit der schweren Verantwortung beauftragt, alles zu tun, um die Gefährdung herbeizuführen. Sie wird sich der Aufgabe gewachsen erweisen.